

**Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, Fraktion DIE
LINKE., FDP-Fraktion und Fraktion Die PARTEI & Volt**
(Antrag Nr. 0917/2022)

Eingereicht am 31.03.2022 um 09:30 Uhr.

gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE., der FDP-Fraktion und der Fraktion Die PARTEI & Volt: Resolution gegen die Anfeindungen gegenüber russischstämmigen Einwohner*innen

Antrag

Die Landeshauptstadt Hannover bekennt sich zur Vielfalt unserer Stadtgesellschaft und zum friedlichen Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt über kulturelle, religiöse, ethnische und nationale Grenzen hinweg. Aus diesem Grunde verurteilen wir als Mitglieder des Rates jede Form von Gewalt und Anfeindungen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine darf kein Anlass dafür sein oder als Vorwand dafür dienen, russischstämmige oder andere Einwohner*innen anzufinden.

Begründung

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine gab es in den letzten Wochen bundesweit vermehrt Anfeindungen gegenüber russischstämmigen Einwohner*innen. Vereinzelt kam es dabei zur Anwendung von Gewalt. Diesen Anfeindungen stellen wir uns entschieden entgegen.

Hannover / 31.03.2022